

Ergänzende Unterlage zu TOP 3 und TOP 4:

Referat/Amt:
II/BKJ

Bearbeitet von:
Beugel

Tel.Nr.:
0 91 31 / 86-2700

Aktueller Bericht zur Haushaltssituation sowie Dringlichkeitsantrag der Grünen Liste Nr. 5/2004 vom 13.01.2004

Beratungsfolge	Sitzungs- termin	öff.	nöff.	Gutachten	Beschluss	Abstimmungsergebnis		
						ein- stimmig	für	gegen
HFPA	21.01.2004	X			x	X	13	0

Beteiligungen

Finanzielle Konsequenzen; Angaben über dauerhafte Haushaltsbelastungen, z.B. Investitionsfolgekosten (Unterhalt, Personalkosten u.ä.) sind verpflichtend!

Siehe Sachbericht

I. **Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses**

am 21.01.2004

einstimmig/ mit 13 gegen 0 Stimmen

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Dringlichkeitsantrag der Grünen Liste Nr. 05/2004 vom 13.01.2004 ist damit bearbeitet.

HFPA Vorsitzende/-r:

Berichterstatter/-in:

Gez. Dr. Balleis

Gez. Beugel

II. Sachbericht

Bei den Beratungen und der Verabschiedung des Haushalts 2004 wurde seitens der Kämmerei darauf hingewiesen, dass es bei den Haushaltsansätzen für

- Gewerbesteuerumlage
- Einkommensteuer
- Bezirksumlage
- Schlüsselzuweisungen

noch zu Veränderungen kommen kann durch die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses, der Haushaltsaufstellung des Bezirks sowie des Kommunalen Finanzausgleichs.

Mit Stand 15. Januar 2004 können folgende zusätzliche Informationen gegeben werden:

Ergänzende Unterlage zu TOP 3 und TOP 4:

1. Gewerbsteuerumlage

Der Vermittlungsausschuss hat beschlossen, dass die Gewerbsteuerumlage um 38 Punkte ab dem 01. Januar 2004 zurückgenommen wird. Der bisherige Ausgabe-Ansatz von 10.537.000,-- € kann somit nach einer Berechnung der Kämmerei um 3,3 Mio € auf 7,2 Mio € reduziert werden.

Weitere Änderungen zur Gewerbesteuer wurden im Vermittlungsausschuss nicht beschlossen. Erinnerung sei hier an die Einbeziehung der freien Berufe oder diverse Hinzurechnungen wie Mieten, Pachten, Gesellschafterdarlehenszinsen etc. Die jetzt beschlossene Reduzierung der Gewerbsteuerumlage ist „defacto“ auch keine Verbesserung, sondern lediglich eine Korrektur der „ungerechtfertigten“ Erhöhung der Gewerbsteuerumlage im Jahre 2001.

2. Einkommensteuer

Am 14.01.2004 hat die Kämmerei die voraussichtlichen Beteiligungsbeträge der Gemeinden an der Einkommensteuer erhalten. Die vom Statistischen Landesamt mitgeteilten Zahlen dienen als Orientierungshilfe und beruhen auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 04. – 06. November 2003. Zwangsläufig sind sie natürlich mit Unsicherheitsfaktoren behaftet. Kritisch wird von der Kämmerei gesehen, dass bei diesen Zahlen von einem Wirtschaftswachstum für 2004 von + 1,7% ausgegangen wird, was aus heutiger Sicht zu optimistisch gegriffen ist. Die Auswirkungen der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses sind in diesen Zahlen bereits berücksichtigt. Ergebnis ist eine Reduzierung unserer Haushaltseinnahmenseinsätze 2004 für Einkommensteuer (43,6 Mio €) und Einkommensteuerersatz (3,6 Mio €) um rd. 1,4 Mio €.

3. Bezirksumlage

Der Haushaltsausgabeansatz 2004 geht von einem Betrag von 22,7 Mio € aus, dies sind bereits rd. 2,5 Mio € mehr als 2003. Die jetzt angekündigte und von der Grünen Liste im Dringlichkeitsantrag angesprochene Erhöhung um 3,3 % würde eine weitere Erhöhung um 3,068 Mio € bedeuten. Wenn die Erhöhung - wie angekündigt - beschlossen wird, so wäre die Einnahmeverbesserung aus der Gewerbsteuerumlage mit der Bezirksumlage nahezu wieder verloren. Die Kämmerei teilt die Einschätzung wie sie bereits von den mittelfränkischen Landräten zum Ausdruck gebracht worden ist, dass diese Erhöhung nicht hinnehmbar ist.

4. Schlüsselzuweisungen

Im Haushaltsansatz sind für die Schlüsselzuweisungen 2,96 Mio € Einnahmen vorgesehen. Die verbindlicheren Zahlen sind für Ende Januar angekündigt; sobald die aktuellen Zahlen vorliegen wird die Kämmerei diese mitteilen.

Fazit:

Der Einnahmeverbesserung aus der Gewerbsteuerumlage um 3,3 Mio € stehen Verschlechterungen aus der Einkommensteuerreform mit 1,4 Mio € gegenüber. Weitere 3 Mio € kämen durch die Bezirksumlage hinzu. Per Saldo würde dies eine Verschlechterung von fast 1,2 Mio € zu den Haushaltsansätzen 2004 bedeuten. Die von vielen erhoffte und auch dringend notwendige deutliche Entlastung der Kommunen ist zu gering ausgefallen und es bleibt festzustellen, dass die vielen Appelle von Bürgermeistern, Landräten, Stadt- und Landkreistag so wie vielen anderen leider weitgehend ungehört geblieben sind. Es bestätigt sich aber, dass das Vorgehen seitens der Kämmerei richtig war, dass bei den Haushaltsberatungen und bei der Verabschiedung keine der diskutierten Verbesserungen vorweggenommen wurden, die nun korrigiert werden müssten. Während andere Städte diese erhofften Mehreinnahmen aus Gewerbesteuer oder der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nun wieder aus den Haushalt streichen müssen und damit vor neue Probleme gestellt werden, bleibt Erlangen dies wenigstens erspart. Leider ist Erlangen dem Ziel eines Haushaltsausgleichs aber auch nicht näher gekommen und es bleibt dabei, dass wir mit der Lösung unserer Finanzprobleme auf uns alleine gestellt bleiben.

- III. Amt 13 zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- IV. Amt 13/H. Pickel hinsichtlich Erledigung des Dringlichkeitsantrages der Grünen Liste Nr. 5/2004.
- V. Referat II.